

Mit rund 1600 Büchern und 300 Zeitschriften, die jährlich erscheinen, und einem Jahresumsatz von 367 Millionen DM im Jahre 1990 gehört der Springer Verlag zu den Großen seiner Sparte. Er feiert sein Bestehen mit einem festlichen Rahmenprogramm am 10. Mai 1992 im Gründungsort Berlin und am 27. September in der Verlagsstadt Heidelberg. Im Jubiläumsjahr erscheint erstmals die Geschichte des Verlags.*)

Gründung und Phase der Konsolidierung

Am 10. Mai 1842 eröffnet der gelernte Buchhändler Julius Springer das eigene Geschäft. Bereits acht Wochen später nimmt er seine verlegerische Tätigkeit auf. 1858 trennt sich Springer vom Sortiment und widmet sich nur noch dem Verlag. Sein Herz gehört innenpolitischen Themen. Als Abgeordneter der Fortschrittspartei im Berliner Stadtrat knüpft er Kontakte, die des öfteren zur beruflichen Zusammenarbeit führen. Wirtschaftliche Erfolge stellen sich aber auch auf dem Gebiet des Forst- und Jagdwesens, im Schulbuchsektor und im naturwissenschaftlichen Bereich ein. Als der Firmeninhaber 1877 stirbt, produziert der Verlag jährlich 37 Bücher und zwei Zeitschriften.

Seit dem 1. Januar 1872 ist Ferdinand Springer am Verlag des Vaters beteiligt. Sein Bruder Fritz gehört der Geschäftsführung seit dem 1. Januar 1880 an. Unter ihrer Leitung expandiert der Verlag. Die Betriebsorganisation wird differenziert, das Verlagsprogramm konzentriert. Mit dem Ausbau des Programms der technischen Zeitschriften kommt das Unternehmen den Bedürfnissen der sich gerade gründenden metallverarbeitenden und elektrotechnischen Industrie Berlins entgegen. Im naturwissenschaftlich-medizinischen Bereich profitiert das Unternehmen von Kontakten zu Behörden, die noch auf den Vater zurückgehen.

*) Der Springer Verlag, Stationen seiner Geschichte, 1842-1992. Teil I: 1842-1945, verfaßt von Heinz Sarkowski. Teil II: 1945-1992, verfaßt von Heinz Götz.

150 Jahre „Alle Zeit wach“ Der Springer Wissenschaftsverlag blickt auf eine langjährige Erfolgsgeschichte zurück

1906 hat der Verlag 65 Angestellte. Jährlich erscheinen 120 Buchtitel und 29 Zeitschriften. 1904 nehmen Ferdinand und Fritz Springer ihre Söhne in den Verlag auf und übertragen ihnen 1907 die Firmenleitung. Ferdinand der Jüngere übernimmt die Programmentwicklung im medizinisch-naturwissenschaftlichen Bereich, während sich Julius der Verlagsstruktur und der Technik zuwendet. Beiden liegt an der Ausdehnung ihrer Fachgebiete. Es gelingt ihnen, die Anteile beider Bereiche auf 63 Prozent des Gesamtprogramms zu erhöhen. 1906 betrug der Anteil noch zwischen 40 und 50 Prozent.

Durchstehvermögen während und zwischen den Weltkriegen

Mit Ausbruch des 1. Weltkriegs läßt das Interesse an wissenschaftlichen Büchern schlagartig nach.



Dank des finanziellen Rückgrats ist es den Springer-Brüdern möglich, ihre vorrangige Aufgabe in der Planung der Nachkriegszeit zu sehen. Die katastrophale Wirtschaftslage treibt viele Unternehmen in den Ruin. Der Verlag von Julius Springer wächst in dieser Zeit. Er beteiligt sich 1918 am J. F. Bergmann Verlag, erwirbt 1921 die renommierte Buchhandlung Hirschmann nebst Verlag und zehn Jahre später den traditionsreichen Verlag Vogel. Springer ist nun führend im Bereich der Medizin. Dem Wachstum der Firma zufolge überträgt die Verlagsleitung wichtige Zweige des Unternehmens an die Brüder Lange. Im Dritten Reich werden sie auf Wunsch von Springer alleinige Gesellschafter des Unternehmens, als Stimmen gegen die „jüdische“ Verlagsleitung immer lauter werden und von einer Zerschlagung des Verlags die Rede ist.

In der Zeit von 1933 bis 1945 verstärkt der Verlag die Produktion von technischen Titeln, um so weit wie möglich einer Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts entgegenzuwirken, die mit häufigerem Erscheinen von medizinischen und rechtswissenschaftlichen Titeln vermehrt einhergegangen wäre. Dies ist ihm nicht vollständig gelungen. Aber aufgrund seiner Wirtschaftskraft, seines Bekanntheitsgrades und wohl auch der Bedeutung der technischen Veröffentlichungen für den aufrüstenden Staat konnte der Verlag, mehr als andere, Freiräume wahrnehmen.

Expansion zum weltweiten Unternehmen

Nach dem Krieg nehmen Ferdinand und Julius Springer die Geschäfte wieder auf. Sie errichten die zerstörten Verlagshäuser wieder und

erhalten schnell die britische und amerikanische Lizenz. 1948 übernimmt die Firma Maxwell den Vertrieb von Springer-Büchern im Ausland, 1949 ist es bereits die Firma Lange, Maxwell und Springer. Ab 1952 dürfen deutsche Verlage wieder selbst exportieren. Ab dann begibt sich der Verlag erneut auf Expansionskurs.

Das Konzept, das die Verlagsleitung diesmal erfolgreich sein läßt, ist die Umstellung bewährter und die Gründung neuer Zeitschriften in englischer Sprache. Internationale Märkte öffnen sich so dem Verlag verstärkt. Ein wesentlicher Schritt zur Festigung dieses Konzepts ist der Aufbau des Springer Verlags in New York 1964. Mittlerweile gibt es in zahlreichen Ländern Firmensitze. Zu nennen sind: Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien, Ungarn, Indien, Japan und China. In-

nerhalb Deutschlands wird das Lehrbuchprogramm erweitert, das durch die Übernahme von verschiedenen Verlagen ergänzt wird. So gehören unter anderem folgende Verlage der Springer-Gruppe an: Dr. Dietrich Steinkopf, der Physika- und der Birkhäuser-Verlag; von Joh. Ambrosius Barth sowie von J. F. Lehmanns wurde die Medizinproduktion übernommen (während die J. F. Lehmanns Buchhandlungen zum Deutschen Ärzte-Verlag gehören).

Der Schlüssel zum kontinuierlichen Erfolg des Unternehmens liegt, über eineinhalb Jahrhunderte hinweg, in der Fähigkeit der jeweiligen Verlegergeneration, Marktbedürfnisse zu erkennen, realistische Ziele zu setzen, starke Autoren zu gewinnen und risikobereit zu sein. Das Motto des Verlags, „Alle Zeit wach“ zu sein, spricht für sich.

Jutta Dittmar, Köln

Organisations- und Strukturreform: Kein Anlaß zu überzogenen Experimenten

Die von der Bundesregierung angekündigte Struktur- und Organisationsreform der Krankenversicherung als zweite und abschließende Stufe der Gesundheitsreform sollte sich auf einige wenige gravierende Punkte konzentrieren, nicht aber mit risikobehafteten, überzogenen und überflüssigen Strukturexperimenten das bewährte gegliederte System der solidarischen Absicherung des Krankheitsrisikos durch gesetzliche und private Krankenversicherungen gefährden. Eine Marktteilung und eine bessere Abgrenzung zwischen gesetzlicher und privater Krankenversicherung müßte die Grenzen noch klarer als bisher ziehen und die weitgehend unterschiedlichen Start- und Wettbewerbsbedingungen beider Träger der Krankenversicherung annähern. Insbesondere eine Einebnung der Beitragsunterschiede zwischen den einzelnen Kassenarten führe zu einer Einheitsversicherung nach dem Muster verstaatlichter Ge-

sundheitsdienste, da sie nur über einen generellen Finanzausgleich erreicht werden könne.

Dies ist das Fazit eines Gutachtens von Prof. Dr. rer. pol. J.-Matthias Graf von der Schulenburg, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Hannover, zum Thema „Weiterentwicklung der gegliederten Krankenversicherung durch eine Organisationsreform“, das der Verband der privaten Krankenversicherung e.V. (PKV), Köln, eingeholt hat.*)

Für faire Marktteilung

Nach Auffassung des Hannoveraner Gesundheitsökonomens wäre

*) J.-Matthias Graf von der Schulenburg: Weiterentwicklung des gegliederten Krankenversicherungssystems durch eine Organisationsreform, Gutachten im Auftrag des Verbandes der privaten Krankenversicherung e.V., Köln, Reihe: „PKV-Dokumentation“, Band 15, Köln, 112 Seiten, kartoniert

es kontraindiziert, im Zuge einer Kassen- und Organisationsreform den Versicherten eine völlige Wahlfreiheit innerhalb der einzelnen Kassenarten einzuräumen. Dies könne leicht zu einigen wenigen oligopolistisch strukturierten Großkrankenkassen führen, die den Wettbewerb weitgehend lahmlegten.

Eine völlige Freigabe der Wechselmöglichkeiten stelle sich in den gesetzlichen Krankenkassen auch schwieriger als bei der privaten Krankenversicherung dar, weil dort marktwirtschaftliche Korrekturen fehlten, wie sie etwa die Risikoprüfung oder die ausgleichende Neuberechnung der Alterungsrückstellungen bei Abwanderungen guter Risiken darstellten. Die gesetzlichen Kassen verfügten bislang auch nicht über ein Instrumentarium zum kassenartenübergreifenden Überschussausgleich.

Zudem seien die derzeitigen Beitragssatzunterschiede zwischen den einzelnen Krankenkassen und Kassenarten und die Ausrichtung einzelner Krankenkassen auf bestimmte Bevölkerungs- und Tätigkeitsgruppen konstitutives Element des gegliederten Systems. Würden die Beitragssätze völlig eingeebnet, sei dies ein nicht umkehrbarer Schritt zur Einheitsversicherung – mit allen (nicht gewollten) negativen Folgen.

Dennoch gibt es aus der Sicht des (liberalen) Gesundheitsökonomens einen aktuellen und akuten Handlungsbedarf bei der Organisationsreform und einer Revision der Kassenstrukturen:

– Den Ersatzkassen sollte künftig freigestellt werden, ob sie sich satzungsmäßig für weitere Bevölkerungsgruppen öffnen oder aber ob sie zu einer regionalen Tarifierung übergehen wollen. Auch sollten sie künftig in den Selbstverwaltungen paritätisch besetzt sein (Arbeitgeber- und Versichertenvertreter).

– Berufsanfängern sollte es freigestellt werden, entweder der für sie zuständigen Krankenkasse oder einer Ersatzkasse beizutreten, falls dies von seiten der Ersatzkassen ermöglicht wird. Eine Wechsel- oder Wahlmöglichkeit zu einem späteren Zeitpunkt sollte es für keine Berufs-